

Indiens Rolle in der globalen Politik

Der südasiatische Subkontinent erscheint zur Zeit in der internationalen Politik als ruhig und uninteressant. Indien als Vormacht des Subkontinents ist auf die Erhaltung des status quo bedacht. Pakistan, das bis 1989 die Privilegien eines "Frontstaats" genoß, ist nach dem sowjetischen Abzug aus Afghanistan und dem bald darauf folgenden Zusammenbruch der Sowjetunion aus dem Rampenlicht hinter die Kulissen der Weltpolitik geraten. Da die Weltpolitik wesentlich von den USA bestimmt wird, deren Verhältnis zu Südasien durch langjährige Gleichgültigkeit unterbrochen von gelegentlicher hektischer Aktivität in Spannungsperioden gekennzeichnet ist, wurde der Subkontinent auch von anderen Mächten kaum beachtet. Nur die Sowjetunion zeigte ein ständiges Interesse an Südasien, doch das zählt heute nicht mehr.

Im Gegensatz zu den kurzfristigen Phänomenen des Aufflackerns internationalen Interesses an den Sicherheitsproblemen Südasiens soll hier eine langfristige Perspektive gewählt werden, die auch die Möglichkeiten zukünftiger Entwicklungen in den Blick nimmt. Dabei soll zunächst das Problem des Machtgleichgewichts von Indien und China behandelt werden, dann von Indiens Verhältnis zu seinen Nachbarn die Rede sein und schließlich auf die Befindlichkeit der rund 330 Millionen Muslims des Subkontinents hingewiesen werden. Abschließend soll geprüft werden, inwieweit die Konflikte Südasiens in das Muster des "Clash of Civilisations" passen, von dem zur Zeit die Rede ist.

Indien und China – ein labiles Gleichgewicht

Die Rivalität zwischen Indien und China deutete sich bereits 1947 auf der Asian Relations Conference in New Delhi an, zu der Nehru noch als Interimspremierminister eingeladen hatte. Er verkündete damals, Asien sei eine Zone des Friedens in die nur die Westmächte durch ihre Kolonialherrschaft Konflikte hineingetragen hätten. Nach ihrem Abzug könne der Frieden wieder in Asien einkehren. Doch schon während dieser Konferenz stritt man sich darum, wo das permanente Sekretariat der Asian Relations Conferences eingerichtet werden sollte. China wollte zur zweiten Konferenz einladen und die Entscheidung über das Sekretariat bis dahin aufschieben, in der Hoffnung, daß es dann in China errichtet würde. Nehru gelang es dann doch, das Sekretariat in New Delhi zu errichten, aber er verlor bald Interesse daran. Die zweite Konferenz fand nicht mehr statt, denn China hatte inzwischen andere Sorgen, weil dort die Revolution die Machtverhältnisse völlig geändert hatte.

Nehru vertraute auf den Anti-imperialismus der chinesischen Revolutionäre. Als sie 1950 Tibet besetzten, gestand er ihnen dies zu und gab alle ex-territorialen Rechte auf, die Indien dort noch von den Briten ererbt hatte. China und Indien schlossen 1954 einen Grenzvertrag ab, der leider die Grenzen gar nicht nannte, sondern nur die Pässe bezeichnete, über die der Handel zwischen Indien und Tibet gestattet war. Ferner enthielt der Vertrag die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (Panchshila), die Nehru in der Folgezeit oft beschwor. Sie blieben fromme Wünsche, die für China keine Bedeutung hatten.

Die Verteidigung der langen Himalayagrenze, die dazu weder delimitiert noch demarkiert war, blieb für die indische Armee eine schier unmögliche Aufgabe. Der Generalstab konzipierte eine Strategie, die davon ausging, daß das Überschreiten der Grenze durch größere Truppenverbände in dem unwegsamen Gebiet Nachschubprobleme mit sich brachte. Ein Abschneiden des Nachschubwegs blieb in einem solchen Fall die einzige militärische Option für die indische Seite. Die Chinesen verlegten sich dagegen auf eine Salamtaktik lokaler Grenzüberschreitungen, die zum Gegenstand von Notenwechseln wurde, die die indische

Regierung jedoch der Öffentlichkeit vorenthielt. Für die Chinesen war es besonders wichtig, durch das indische Gebiet Aksai-Chin nach und nach Straßen zu bauen, die es ihnen erlaubten, einen Ring zu schliessen, der von Tibet über den Karakorumpaf nach Sinkiang und von dort über die Mongolei nach China reichte und die Wüste Taklamakan umging. Erst als der Dalai Lama 1959 nach Indien floh, konnte der Grenzkonflikt nicht mehr der indischen Öffentlichkeit vorenthalten werden und Nehru wurde im indischen Parlament heftig kritisiert.

Als Chou En-lai 1961 zu Grenzverhandlungen in New Delhi weilte, wollte er sich gar nicht mit Einzelheiten aufhalten, sondern drängte sofort auf einen Tauschhandel: China wollte die McMahon-Linie als Nordostgrenze Indiens anerkennen, erwartete dafür aber Zugeständnisse im Westen. Diesem Muster folgte dann auch der Grenzkrieg vom Oktober 1962. Die Chinesen begannen ihre Offensive zur Zeit der Kubakrise, als die Aufmerksamkeit der Supermächte anderweitig benasprucht war. Eine chinesische Division stieß über die McMahon-Linie bis in die Ebene Assams vor, zog sich aber zurück, noch ehe ihr der Nachschub abgeschnitten werden konnte. Es war dies eine spektakuläre Finte, die vom gleichzeitigen Vordringen der Chinesen im Westen, wo sie den Zugang zu Karakorumpaf erkämpften, ablenken sollte. Danach herrschte eine Verschwörung des Schweigens auf beiden Seiten, denn die Chinesen hatten erreicht, was sie wollten, und die indische Regierung wollte ihre territorialen Verluste nicht der Öffentlichkeit bekanntgeben.

Nehru mußte das Scheitern seiner Außenpolitik hinnehmen. Seine Gesundheit versagte. Er starb im Mai 1964. Die indische Armee hatte durch diesen chinesischen Demonstrationkrieg ihren guten Ruf verloren. Pakistan sah sich ermutigt, das Kaschmirproblem, von dem später die Rede sein soll, militärisch zu lösen und schloß 1963 einen Pakt mit dem siegreichen China ab. Nach Nehrus Tod wagte Pakistan 1965 den Angriff, wurde aber von China enttäuscht, das keine zweite Front im Osten eröffnete. Pakistans Niederlage löste die Autonomieforderungen Ost-Pakistans aus, die schließlich 1971 zur Sezession Bangladeshs führte. Damit wurde Indien zur Vormacht des Subkontinents und hatte damit auch gegenüber China wieder eine bessere Position. Doch zunächst kam es zu keiner sichtbaren Normalisierung der Beziehungen. Erst die Janata-Regierung ergriff nach 1977 eine neue Initiative. Der indische Außenminister Atal Bihari Vajpayee besuchte 1979 China, um neue Brücken zu schlagen. Aber gerade zu diesem Zeitpunkt führte China einen Demonstrationkrieg gegen das mit Indien befreundete Vietnam. Deng Xiao Ping scheute sich nicht, die Parallele zwischen dem indischen und dem vietnamesischen Grenzkrieg öffentlich zu betonen. Vajpayee reiste sofort ab und die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren wieder einmal auf einem Tiefpunkt.

Nach Indira Gandhis Rückkehr an die Macht versuchte das indische Außenministerium durch vorsichtiges Ausklammern aller Streitpunkte sich China wieder zu nähern. Doch erst Premierminister Narasimha Rao gelang es bei seinem Besuch in China 1993, die Beziehungen der beiden Länder wieder zu normalisieren. Es wurde ein Vertrag unterzeichnet, in dem beide Seiten erklärten, ihren derzeitigen Besitzstand (line of actual control) anzuerkennen. Dieser Vertrag hatte eine fatale Ähnlichkeit mit dem Tibet-Vertrag von 1954. Wieder wurde nichts über die Grenzziehung gesagt und auch die "line of actual control" nicht näher spezifiziert. Es wurde stillschweigend vorausgesetzt, daß man weiß, wo man steht. Nach diesem neuen Einverständnis war Premierminister Narasimha Rao geradezu peinlich darum bemüht, Chinas Recht auf seine Herrschaft über Tibet öffentlich zu bekunden. Was Indien ein solches Übermaß an "politischer Korrektheit" wirklich nutzte, war nicht ersichtlich.

Die indischen Verbeugungen in Richtung China dürfen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß man die potentielle Bedrohung durch China ernst nimmt und insbesondere die Tatsache mit Sorge betrachtet, daß China eine Atommacht ist, die Raketen besitzt, die sie vom "Dach der Welt" auf Indien richten kann. Indien hat sich bisher die "nukleare Option" nur offengehalten, aber nicht ausgeübt. Es dürfte aber die Kapazität haben, diese Option kurzfristig

auszuüben. Es wird geschätzt, daß Indien einen Vorrat von 200-300 kg Plutonium besitzt und damit eine ganze Reihe von Atombomben herstellen könnte. Außer einem unterirdischen Atomtest mit einem Plutoniumsprengsatz im Jahr 1974 hat Indien aber keine weiteren Tests durchgeführt. Um eine operationale Fähigkeit auf diesem Gebiet zu haben, sind aber Atomtests erforderlich und daher brauchte Indien eine gewisse Anlaufzeit, bis es wirklich zur Atommacht werden könnte. Inzwischen beschränkt es sich auf eine Politik der "nuklearen Zweideutigkeit" (nuclear ambiguity) und meint, damit für die Abschreckung potentieller Angreifer zunächst genug getan zu haben. Indien besitzt allerdings auch die von indischen Ingenieuren entwickelte Rakete "Agni" mit einer Reichweite von ca. 2500 km. Diese Rakete ist noch nicht serienreif, hat aber zwei von drei Testflügen erfolgreich durchgeführt. Es wurden dabei freilich nur Entfernungen von 1000 bis 1500 km erreicht. "Agni" wird von indischer Seite selbst als "technology demonstrator" und nicht als einsatzbereites Waffensystem bezeichnet. Die weitere Produktion wurde zunächst eingestellt, weil sie sehr teuer ist und kein akuter Bedarf für diese Rakete besteht. Die indische Kurzstreckenrakete "Prithvi" ist dagegen bereits einsatzbereit. Ihre Reichweite beschränkt sich auf ca. 250 km. Die konventionell gerüsteten indischen Streitkräfte stehen den Raketen noch recht skeptisch gegenüber. Sie kosten viel Geld und ein strategisches Konzept, in das die Verwendung von Raketen voll integriert ist, gibt es wohl noch nicht. Immerhin ist bereits ein "Raketenregiment" aufgestellt worden, das für den militärischen Einsatz dieser von Zivilisten entwickelten Waffe zuständig ist. Vermutlich wird Indien den Wettlauf mit China und Pakistan auf diesem Gebiet weiter verfolgen. Die Lieferung chinesischer Raketen an Pakistan trägt dazu bei, die Rivalität auf diesem Gebiet zu intensivieren. Es ist deshalb erklärlich, daß Indien sich weigert, den Atomsperrvertrag und nun auch den Vertrag über den Atomteststop zu unterzeichnen. Indien könnte auf die "nukleare Option" nur dann verzichten, wenn es einen Pakt mit einer Atommacht schließt, die ihr Schutz vor einem chinesischen und/oder pakistanischen Atomangriff gewährt. Ein solcher Pakt stünde nicht nur im Widerspruch zur bisherigen indischen Außenpolitik, sondern wäre praktisch undenkbar. Der entsprechende Paktspartner könnten zur Zeit wohl nur die USA sein, und von diesen kann man nicht erwarten, daß sie sich so für Indien und gegen China und Pakistan festlegen würden. Außerdem würde sich jeder potentielle Paktspartner fragen müssen, welchen Nutzen er denn von einem solchen Pakt haben würde, der auch nur entfernt das Risiko einer solchen Bindung an Indien aufwiegen könnte. Indiens Alleingang ist daher unvermeidlich. Nur eine überraschende Änderung der politischen Verhältnisse in China und eine Wende in den Beziehungen zwischen Indien und Pakistan könnten eventuell eine Entspannung herbeiführen, die Indiens Sorgen gegenstandslos werden läßt.

Indien und seine Nachbarn : Vom "big stick" zur Gujral-Doktrin

Indien ist von einem Kreis kleiner Nachbarn umgeben, die ihrerseits keine gemeinsamen Grenzen, aber je für sich eigene Konflikte mit Indien haben, die sich zwar schwer auf einen Nenner bringen lassen, aber bei allen ein Unbehagen gegenüber dem übermächtigen großen Bruder erzeugen. Lange Zeit hat Indien darauf bestanden, mit den Nachbarn nur jeweils bilateral und zwar aus einer Position der Stärke zu verhandeln. Vor allem Indira Gandhi war als die "lady with the big stick" bei den Nachbarn gefürchtet. Der frühere Außenminister und jetzige Premierminister Inder Gujral hat dem nun die nach ihm benannte Doktrin der unilateralen Zugeständnisse entgegengesetzt, die als vertrauensbildende Maßnahmen die Nachbarn mit Indiens offensichtlicher Vormachtstellung aussöhnen sollen. Dies ist eine Fortsetzung der Politik, die schon mit Indiens Unterstützung der Bemühungen um die South Asian Association for Regional Cooperation begonnen hatte. Indien hatte sich zunächst nur zögerlich von seiner Politik der bilateralen Verhandlungen mit den Nachbarn gelöst. Die SAARC-Idee war auch nicht in Indien entstanden, sondern war von Zia-ur Rahman, dem Präsidenten Bangladeshs ins Spiel

gebracht worden. Die Rückkehr Indira Gandhis an die Macht im Frühjahr 1980 ließ es ihm dringend geboten erscheinen, sie von ihrer alten Gewohnheit abzubringen, alle Probleme mit Indiens Nachbarn in bilateralen Verhandlungen zu regeln. Deshalb schlug er ein Gipfeltreffen der südasiatischen Regierungschefs vor. Indien merkte die Absicht und war verstimmt. Das Gipfeltreffen ließ daher auf sich warten. Zia-ur Rahman, der 1981 ermordet wurde, konnte es nicht mehr erleben. Es fand schließlich 1985 in Dhaka statt. Die Regierung von Bangladesh war dann selbst davon überrascht, daß die Regierungschefs sich nicht nur, wie zunächst geplant, jedes zweite Jahr treffen wollten, sondern soviel Gefallen an dem Treffen fanden, daß sie es jährlich abhalten wollten. Der Grund dafür lag wohl weniger in der Agenda, sondern gerade in dem was nicht auf der Agenda stand und nebenbei diskutiert werden konnte, ohne daß gleich ein Kommuniké verfaßt werden mußte, wie es sonst bei jedem Treffen von Regierungschefs unvermeidlich ist. Es kommt hinzu, daß die mehr oder weniger demokratischen Prozesse des Machtwechsels in den südasiatischen Staaten bedingen, daß jedes Jahr neue Gesichter in der Runde auftauchen.

Die politische Konstellation von 1985 war für die Gründung der SAARC besonders günstig. Die sowjetische Präsenz in Afghanistan war für Südasien bedrohlich, das wußte man auch in Indien, obwohl man aufgrund der indisch-sowjetischen Freundschaft gute Miene zum bösen Spiel machen mußte. Der pakistanische Präsident Zia-ul Haq hatte von der Position Pakistans als Frontstaat profitiert und stand auf der Höhe seiner Macht. Rajiv Gandhi hatte im ersten Jahr seiner Regierungszeit ein dynamisches Tempo vorgelegt und stand ebenfalls auf der Höhe seiner Macht. Auch der gastgebende Präsident Ershad hatte Bangladesh zu jener Zeit noch unter seiner Kontrolle. Doch diese Konstellation sollte nicht lange währen. Zia wurde 1988 ermordet, Rajiv verlor 1989 die Wahl und Ershad wurde bald darauf gestürzt. Es ist bemerkenswert, daß selbst unter diesen widrigen Umständen die SAARC-Gipfeltreffen fast jedes Jahr abgehalten wurden. Nur zwischen dem vierten Gipfel 1988 und dem fünften Ende 1990 ergab sich durch die Spannungen zwischen Indien und Pakistan Ende 1989 eine Lücke.

Während SAARC auf vielerlei Gebieten Fortschritte verzeichnen konnte, blieben freilich die Sicherheitsprobleme Südasiens bei den Verhandlungen dieser Organisation bewußt ausgespart. Indien hatte mehrfach gezeigt, daß es sich als Ordnungsmacht der Region dazu berufen fühlte, sich notfalls auch auf militärische Interventionen einzulassen, doch dafür konnte es von seinen Nachbarn keine offizielle Billigung erhoffen. Der Präsident der Malediven hatte einer indischen Aktion 1988 seine Rettung vor einem Putsch zu verdanken. Doch Indiens Entsendung von "Friedensstreitkräften" (Indian Peace Keeping Force) nach Sri Lanka erwies sich als sehr viel problematischer. Indiens Intervention begann mit dem Abwurf von Nahrungsmitteln etc. in den Gebieten der von den Regierungstruppen Sri Lankas hart bedrängten Tamil-Rebellen. Das ferne Nepal reagierte darauf mit der Bestellung chinesischer Flugabwehrgeschütze und begann damit einen Konflikt mit Indien, der bis zur Blockade des nepalischen Handels durch Indien führte. Präsident Jayewardene reagierte in Sri Lanka jedoch auf Indiens Intervention ganz anders. Er traf 1987 ein Abkommen mit dem indischen Premierminister Rajiv Gandhi und lud damit die indischen "Friedensstreitkräfte" ein, in Sri Lanka zu landen und die Tamil-Rebellen zu entwaffnen, die Indien zuvor unterstützt hatte. Das sollte sich als kostspieliges und demütigendes Abenteuer für Indien erweisen, denn selbst nach der Entsendung mehrerer Divisionen gelang es der indischen Armee nicht, die Rebellen zu überwältigen, die wieder einmal bewiesen, daß in solchen Situationen Guerillas gegenüber einer fremden Besatzungsmacht immer im Vorteil sind. Als Jayewardenes Nachfolger Premadasa dann die "Friedensstreitkräfte" zum Abzug aufforderte und ihnen damit die Legitimation entzog, mußten sie nach einigem Zögern unverrichteter Dinge das Land verlassen. Rajiv Gandhi hatte inzwischen die Wahlen vom November 1989 verloren, und sein Nachfolger konnte ohne Gesichtsverlust den Rückzug anordnen. Rajiv Gandhi aber erteilte im Mai 1991 die Rache der

Rebellen. Sie befürchten wohl, daß er die Intervention in Sri Lanka wiederholen könne, wenn er wieder an die Macht käme, und töteten ihn noch im Wahlkampf. Vermutlich wird sich Indien nicht wieder auf ähnliche Abenteuer einlassen.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen Indiens mit Pakistan waren freilich ganz anderer Art. Es waren in erster Linie konventionelle Kriege regulärer Armeen, die sowohl 1965 als 1971 mit dem Sieg Indiens endeten. Begonnen hatte die Feindschaft der beiden Staaten schon mit der Teilung Indiens, aus der neben der Republik Indien die zwei weit voneinander entfernten Landesteile Pakistans hervorgingen. Die Teilung hatte sich nur auf die Provinzen Britisch-Indiens, nicht aber auf die Fürstenstaaten bezogen und so kam es zum Anschluß des Staates Kashmir, in dem ein Hindu-Maharaja eine Muslim-Mehrheit regierte, an Indien. Die indische Regierung hatte zwar die Teilung Indiens, die die scheidenden Briten ohne jede Volksabstimmung als Verwaltungsakt vollzogen, als Preis der Unabhängigkeit akzeptiert, nicht aber das der Teilung zugrunde liegende Prinzip, denn dann hätte sie die in Indien verbleibende große Muslimminderheit eigentlich nach Pakistan transferieren müssen, was im Hinblick auf die große Muslim-Diaspora in Indien völlig undenkbar gewesen wäre.

Der Krieg um Kashmir brach bereits 1948 aus und endete 1949 mit der Festlegung einer Waffenstillstandslinie, die de facto zur internationalen Grenze wurde, um deren Revision Pakistan jedoch stets bemüht blieb. Da offene Kriege nichts fruchteten, ja schließlich zum Zerschneiden Pakistans und zur Entstehung Bangladeshs führten, hat sich Pakistan darauf verlegt, Kashmir mit fundamentalistischen Guerillas zu infiltrieren, wobei auch die nach dem Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan arbeitslos gewordenen afghanischen Mujahedin eine wichtige Rolle spielen. Der massive Einsatz indischer Truppen, insbesondere des indischen Bundesgrenzschutzes in Kashmir, hat dort alle Probleme geschaffen, die mit der Herrschaft einer Besatzungsmacht verbunden sind. Es wurde daher immer schwieriger, einem demokratischen politischen Prozeß in Kashmir wieder Raum zu geben. Sowohl Indien als auch Pakistan sind durch ihre Staatsidee dazu verpflichtet, in Kashmir nicht nachzugeben. Für Pakistan ist der Anspruch auf den muslimischen Teil Kashmirs im Prinzip der Teilung Indiens begründet, doch gerade dieses Prinzip kann Indien nicht anerkennen, wenn es auch niemals gefordert hat, die Teilung als solche rückgängig zu machen.

Eine konstruktive Lösung der Sicherheitsprobleme Südasiens ist aber ohne die Beilegung dieses Konflikts unmöglich. Letztlich wird das wohl dazu führen, daß sich beide Länder als Atommächte gegenüberstehen werden. Pakistan hat stets die Parität mit Indien angestrebt. Auf konventionellem militärischen Gebiet ist das unmöglich, allein ein nukleares Patt könnte als Erreichen der Parität gelten. Liesse man es dann bei diesem Patt bewenden, könnte man vielleicht in Frieden miteinander leben, aber das Risiko, daß ein erneuter Konflikt zum nuklearen Ernstfall wird, bliebe stets präsent, vor allem da jeder Konflikt dieser Art durch religiöse Fanatismen ausgelöst werden könnte.

Südasiens Muslims – die Mehrheit der islamischen Welt

Religiöse Konflikte gewaltsamer Art können in Südasien leicht entflammen, wie der Abriss der Moschee von Ayodhya durch eine fanatisierte Hindu-Menge im Dezember 1992 gezeigt hat. In Südasien leben zur Zeit etwa 800 Millionen Hindus und rund 330 Millionen Muslims. Die Hindus leben fast ausnahmslos in Indien, von den Muslims leben ca. 120 Millionen in Indien, etwa 110 Mill. in Bangladesh und rund 100 Mill. in Pakistan. Die 330 Millionen südasiatischer Muslims bilden die große Mehrheit der islamischen Welt. Auf welche Weise sich der Islam weltweit entwickelt, wird also entscheidend von Südasien abhängen. Der sogenannte islamische Fundamentalismus in seiner virulenten Form ist zunächst in Südasien auf wenig Resonanz gestoßen. Der südasiatische Islam ist auf vielfältige Weise mit regionalen Volkstraditionen

verknüpft. Die Mystik der Sufis hat dort eine größere Rolle bei der Verbreitung des Islam gespielt als die sooft zitierte Bekehrung mit Feuer und Schwert. Die verschiedensten Schulen der islamischen Schriftgelehrten Südasiens haben je auf ihre eigene Weise versucht, modernes Gedankengut mit der islamischen Tradition zu verbinden. Dabei ist eine Vielfalt von Ideen entstanden, die sich nicht mit einem simplifizierenden Fundamentalismus vereinbaren läßt. Doch greift dieser Fundamentalismus von außen nach Südasiens über und wird unter anderem von Saudi Arabien mit beträchtlichen Geldmengen unterstützt. Wobei die ehrgeizigen Männer, die die Saudi-Gelder kontrollieren zum großen Teil aus Südasiens stammen sollen, denn die saudische Bildungselite ist sehr klein und wäre mit der Aufgabe, die fundamentalistische Propaganda in der islamischen Welt voranzutreiben, völlig überfordert.

Zia-ul Haq hatte in Pakistan versucht, mit einer "Islamisierung von oben", d.h. mit einem staatlich gelenkten Programm, die Vielfalt der islamischen Tradition auf Vordermann zu bringen. Er ist dabei gerade bei den Hütern der Tradition nicht auf Gegenliebe gestoßen, denn diese liessen sich gar nicht gern vereinnahmen und für die Zwecke staatlicher Solidaritätsstiftung und Machtsicherung instrumentalisieren. Die islamischen Hochschulen, die Zia aus besonderen islamischen Steueraufkommen (zakat) gefördert hat und deren Zeugnisse er mit denen der staatlichen Universitäten gleichstellen ließ, haben inzwischen eine große Schar von Absolventen produziert, die im "weltlichen" Bereich keine Stellen finden können und anderweitig nach Betätigungsmöglichkeiten suchen. Die afghanischen Taliban (= religiöse Schüler), von denen viele aus Zias islamischen Bildungssystem hervorgegangen sind, haben bereits gezeigt, wie ein solches Betätigungsfeld aussehen kann. In Bangladesh hat es bisher kein Programm dieser Art gegeben, obwohl man auch dort die Verfassung geändert und das Adjektiv "islamisch" in den Namen des Staates eingefügt hat. Aber außer dieser Verbeugung vor Saudi Arabien, das viel Geld nach Bangladesh fließen läßt, hat man sich um eine "Islamisierung" von Staats wegen noch nicht gekümmert.

In Indien hat man das Prinzip des säkularen Staats so interpretiert, daß man die Muslims sich selbst überlassen und nicht einmal darauf bestanden hat, daß sie sich in Dingen des Privat-, Familien- und Erbrechts den Gesetzen des säkularen Staats anpassen. Damit ist man den Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Der Nationalkongreß hat sich deshalb lange Zeit auf die Stimmen der Muslims verlassen können, die weise genug waren, sich nicht durch die Gründung einer islamischen Minderheitspartei ins Abseits zu manövrieren. Das war auch ratsam, weil die Muslimminderheit außer in Kashmir in Indien keine kompakten Siedlungsbiete aufweist, denn diese sind durch die Teilung abgetrennt worden. Die indischen Muslims leben in der Diaspora und haben außer der Religion wenig Gemeinsamkeiten. In einigen Teilen Indiens sind sie Bauern, in anderen Händler, dort sind sie Weber, hier sind sie Fischer etc. Sie sind immer ein Teil der Gesellschaft und bilden keine Gesellschaft für sich. Der Titel des Romans des muslimischen indischen Autors Raza "Ardha Gaon" (Das halbe Dorf) weist auf diese Teilhaftigkeit, die auf dieser Ebene keine Teilung sein kann, hin. Es ist übrigens bemerkenswert, daß derselbe Autor das Drehbuch für die Fernsehverfilmung des indischen Nationalepos "Mahabharata" geschrieben hat. Es ist zu hoffen, daß die Symbiose von Hindus und Muslims im säkularen Indien nicht zerstört wird, sondern ein konstruktives Signal setzt, das den süd-asiatischen Islam davor bewahrt, in die Enge eines künstlichen Fundamentalismus getrieben zu werden.

Die Gefahr, die dieser Symbiose droht, besteht gegenwärtig im Erstarken eines politischen Hindu-Traditionalismus, der auf seine Weise ebenso künstlich ist wie der politisierte Fundamentalismus des Islam. Die neue Solidarität der Hindus ist im wesentlichen eine Reaktion auf die Herausforderung durch den islamischen Fundamentalismus. Sie richtet sich aber zugleich auch gegen die konservative islamische Orthodoxie, die auf den Privilegien der Muslims beharrt, die mit einem einheitlichen bürgerlichen Recht nicht vereinbar sind. Diese konservative

Orthodoxie ist zumeist nicht fundamentalistisch gesonnen, doch es droht die Gefahr, daß sie sich durch die Hindus bedroht sieht und in den Fundamentalisten Bundesgenossen sucht und findet. Dieser Teufelskreis ist sehr gefährlich. Reformbereite Muslims, die weder der Orthodoxie noch dem Fundamentalismus zuneigen, haben in dieser Situation einen schweren Stand. Der Solidaritätstraditionalismus der Hindus war bereits im indischen Freiheitskampf von Bedeutung, doch da hatte er hauptsächlich zum Ziel, die Kastenschranken zu überwinden und die Solidarität der Nation gegenüber der Fremdherrschaft heraufzubeschwören. Man bezog sich dabei in erster Linie auf die einheitsstiftende indische Philosophie und erklärte alles, was einen Hindu vom anderen trennt, zur Illusion, die es zu überwinden galt. Der Traditionalismus als Geisteshaltung stellte sich damit gegen die Tradition, zu der eben die große Vielfalt religiöser und sozialer Praktiken gehört, die das tägliche Leben der Hindus bestimmt. Die tiefe philosophische Überzeugung, die hinter diesem Traditionalismus stand, war nicht leicht zu vermitteln. In der Konfrontation mit der Fremdherrschaft wirkte er überzeugend, eine politische Solidarisierung im unabhängigen Indien, insbesondere gegenüber Minderheiten, war nicht sein Ziel. Darunter litten alle politischen Organisationen, die nach Erlangung der Unabhängigkeit versuchten, sich auf eine Hindu-Solidarität zu berufen. Sie blieben marginal und gerieten ins Abseits. In jüngster Zeit haben sie sich aber auf einen primitiveren Solidaritätstraditionalismus besonnen, der sich nicht auf hehre Ideale der indischen Philosophie, sondern auf handfeste Symbole bezieht. Die Kampagne, die sich an der Moschee von Ayodhya entzündet hat, ist ein Beispiel dafür.

Die Erfolgchancen für einen derart primitiven Traditionalismus mehren sich in dem Maße, in dem die Substanz der religiösen Tradition durch eine rein praktische Säkularisierung verloren geht. Der junge Hindu der Mittelklasse, dessen Vorstellungswelt ebenso wie die seiner Altersgenossen anderswo in erster Linie vom Fernsehen bestimmt ist, weiß von den religiösen Ideen seiner Vorfahren wenig, aber er hat die Fernsehversion des Ramayana gesehen und hat eine entsprechendes Bild von König Rama im Kopf. Eine Kampagne zur Rettung der Geburtsstätte Ramas kann ihn daher begeistern – sie ist sozusagen eine Fortsetzung der Fernsehserie in der Realität. König Rama hat nie gegen Muslims gekämpft, die es zu seiner Zeit noch nicht gab, sondern gegen Dämonen. Doch wenn seine angebliche Geburtsstätte von einer Moschee besetzt ist, die die Muslims verteidigen, dann lassen sich diese dämonisieren. Diese Art von Kurzschlußtraditionalismus ist äußerst gefährlich. Seine politische Instrumentalisierung ist das Spiel mit einem Feuer, das ganz Südasien in Brand setzen könnte.

Bisher ist die indische Armee dem säkularen Staat treu geblieben, auch sind die Muslims in dieser Armee durchaus angemessen vertreten. Die Armee ist stolz auf ihre Professionalität und auf ihre politische Enthaltensamkeit. Doch auch eine solche Armee kann nicht auf die Dauer von gesellschaftlichen Strömungen isoliert bleiben. Sollten sich daher die Spannungen zwischen islamischen Fundamentalismus und Hindu-Solidaritätstraditionalismus verschärfen, könnte sich die indische Armee eines Tages dazu aufgerufen fühlen, Hindu-Indien gegenüber der islamische Bedrohung zu verteidigen. Sie müßten dann aber die beträchtliche Zahl der Muslim-Soldaten entlassen. Ein militarisiertes Hindu-Indien würde dann unsicher und haßerfüllt den muslimischen Nachbarn und dem weiteren Kreis muslimischer Nationen vom Iran bis zu den südlichen Republiken der ehemaligen Sowjetunion gegenüberstehen. So gesehen entscheiden sich in der Gegenwart auf dem Gebiet der indischen Innenpolitik Dinge, die den Weltkontext auf die eine oder andere Weise verändern werden. Das positive Szenario, das dem erschreckenden gegenübersteht, würde darauf beruhen, daß Indien den inneren Frieden wahrt, das demokratische politische System erhält und damit auch auf alle Muslims in Südasien und in der weiteren Nachbarschaft einen stabilisierenden Einfluß hätte und dem radikalen islamischen Fundamentalismus Einhalt gebieten könnte.

Südasiens und der "Clash of Civilisations" – ein problematisches Szenario

Auf den ersten Blick scheint das, was hier über die Sicherheitsprobleme Südasiens gesagt worden ist, sehr gut in das von Samuel Huntington entworfene Muster vom "Clash of Civilisations" zu passen. Huntingtons These war eine Antwort auf Francis Fukuyamas "Ende der Geschichte". Nach dem Untergang der sowjetischen Supermacht prophezeite Fukuyama, daß nun der westliche Universalismus triumphieren und die ganze Welt einbeziehen werde. Da die Geschichte aber ein Prozeß von Konflikten und Auseinandersetzungen sei, nun aber die ganze Welt gewissermaßen "gleichgeschaltet" werde, sei damit auch das Ende der Geschichte gekommen. Huntington hielt dagegen, daß neue Auseinandersetzungen globaler Art nun erst bevorstünden und brachte dies auf die Formel vom "Clash of Civilisations". Seiner Ansicht nach gibt es nur sieben "Zivilisationen" die wirklich zählen, die westliche, die islamische, die russisch-orthodoxe, die chinesische, die japanische und schließlich Hindu-Indien und Schwarzafrika. Von den letzteren beiden sagt er wenig, dafür fasziniert ihn der Gegensatz zwischen westlicher und islamischer Zivilisation umso mehr. Die Konfliktentwicklung wird einerseits durch die "Kernstaaten" (core states) und die Existenz von "Verwerfungszonen" (fault lines), dort wo die Zivilisationen aufeinandertreffen, geprägt. Für die islamische Welt kann er keinen "Kernstaat" benennen, dafür aber viele "Verwerfungszonen" an ihren Rändern. Die chinesische Zivilisation scheint ihm als Bundesgenosse der islamischen Welt prädestiniert zu sein, wohl auch weil es zwischen diesen beiden keine "Verwerfungszone" gibt. Die Rivalität zwischen Indien und China und das Bündnis zwischen China und Pakistan fügen sich zur Zeit in dieses Muster ein. Doch hierüber hat sich Huntington gar nicht explizit geäußert. Ihm kommt es in erster Linie darauf an, zu zeigen, daß es "widerständige" Zivilisationen gibt, die sich nicht von der westlichen Welt vereinnahmen lassen und auch keine unter westlicher Hegemonie errichtete Weltfriedensordnung akzeptieren werden. Dieser Grundgedanke ist sicher richtig, die Problematik seiner Argumentation liegt jedoch darin, daß er zu einem Essentialismus neigt, der aus den Zivilisationen einheitliche, leicht zu identifizierende Blöcke macht. Der islamische Fundamentalismus kommt ihm daher wie gerufen, andererseits irritiert ihn die Vielfalt der islamischen Welt geradezu und er stellt mit einem gewissen Bedauern fest, daß es in der islamischen Welt keinen Kernstaat gibt. Die chinesische Zivilisation hatte er in einem früheren Aufsatz schlicht als konfuzianisch bezeichnet. Eine einheitliche Religion oder Doktrin muß eben einer Zivilisation, wie er sie versteht, zugrunde liegen. Dadurch wird einer Ideologisierung der "Zivilisationen" das Wort geredet, die sich als gefährlich erweisen dürfte, wenn sie zur "self-fulfilling prophecy" wird, wenn also das was Huntington heute an die Wand malt, tatsächlich Gestalt annimmt.

In der Einleitung seines Buches gibt sich Huntington so, als erkenne er die Vielfalt der Zivilisationen an und übe Kritik an westlichen Hegemoniebestrebungen, dabei ist sein Entwurf ein typisch westlicher Versuch, der Welt eine Ordnung zuzuweisen, die sie aus seiner Perspektive verstehbar macht. Wie die anderen Zivilisationen die Welt sehen, interessiert ihn nicht. Wenn seine Theorie stimmt, können sie die Welt gar nicht anders sehen als so, wie er sie interpretiert hat. Am Ende seines Buches legt er dann ein Bekenntnis ab, das sein eigentliches Anliegen enthüllt: er will die amerikanische Identität stärken, indem er einen inneren Multikulturalismus ablehnt und nur einen äußeren anerkennt, der eben darin besteht, die Existenz der anderen Zivilisationen in ihrer Eigenheit zu akzeptieren. Das ist für alle, die sich um multikulturelles Zusammenleben innerhalb der bestehenden Nationalstaaten bemühen, eine niederschmetternde Botschaft. Das was zuvor über die Aufgabe Indiens gesagt wurde, nämlich durch Aufrechterhaltung eines offenen politischen Systems das Zusammenleben von Hindus und Muslim weiterhin zu ermöglichen und damit auch für die Muslim außerhalb Indiens ein Signal zu setzen, wäre nach Huntingtons Regeln eine Illusion. Wenn diese Regeln von

amerikanischen Politikern zur Grundlage ihres weltpolitischen Handelns gemacht werden, so wäre dies gerade für Südasien ein eminentes Sicherheitsrisiko.

Literaturhinweise:

Arnett, E., ed., Military Capacity and the Risk of War. China, India, Pakistan and Iran, Oxford 1997

Banerjee, D., "Die Verteidigung", in: D.Rothermund, Hg., Indien. Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt. Ein Handbuch, München 1995, S.427-452

Huntingdon, D., The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York 1996